



**2 JAHRE SCHWARZ-
ROT IN HESSEN**

**GRÜNE
ALTERNATIVEN**

BILANZ: ZWEI JAHRE SCHWARZ-ROT IN HESSEN



Seit mittlerweile zwei Jahren regiert Schwarz-Rot in Hessen. Die Ankündigungen waren vollmundig. Die Ergebnisse sind mau. Die großen Probleme im Alltag der Menschen sollten angegangen werden. Stattdessen herrscht in allen wesentlichen Fragen Stillstand oder wurde sogar der Rückwärtsgang eingelegt. Schwarz-Rot beschäftigt sich mit Mini-Veränderungen oder Nebensächlichkeiten, die eigentlichen Herausforderungen für unser Land werden nicht angegangen.

Fast die Hälfte der Wahlperiode ist schon rum und wir fragen uns: Wann will Schwarz-Rot eigentlich endlich mit dem Regieren anfangen? Die Regierung hat bislang nicht geliefert. Die ersten beiden Jahre von Schwarz-Rot waren verlorene Jahre für Hessen. Überdeutlich ist: Es fehlt der Gestaltungswille. Es fehlen GRÜNE in der Regierung.

“

Wann will Schwarz-Rot eigentlich endlich mit dem Regieren anfangen?

GRÜNE Alternativen

Wir GRÜNE stellen dem klare Alternativen gegenüber. Wir setzen unsere Schwerpunkte bei den Themen, die den Menschen besonders unter den Nägeln brennen:

- **Gute Bildung** in Kita, Schule, Ausbildung und Hochschule
- **Verlässliche Mobilität** für alle Verkehrsteilnehmenden
- **Bezahlbares Wohnen** auch im Ballungsraum
- **Wirksamer Klimaschutz** für eine lebenswerte Umwelt

Auch in allen anderen Bereichen legen wir konkrete Konzepte vor. Die detaillierte schwarz-rote Bilanz in den einzelnen Ministerien und unsere GRÜNEN Alternativen finden sich auf den folgenden Seiten. Hier eine Zusammenfassung:

Schwarz-roter Stillstand & GRÜNE Alternativen

● **Kitas:** Mütter und Väter suchen händeringend nach Kitaplätzen mit passenden Öffnungszeiten, um Beruf und Familien vereinbaren und ihren Kindern einen guten Start ermöglichen zu können. Unter Schwarz-Rot hat sich daran nichts geändert. Wir haben ein Kita-Gesetz mit 20 ganz konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation vorgelegt.

● **Schule:** Ein Viertel der Schüler*innen kann am Ende der Grundschule nicht richtig lesen, schreiben und rechnen. Das hessische Schul-

system bekommt in Vergleichsstudien schlechte Noten. Das Einzige, was Schwarz-Rot in der Bildungspolitik einfällt, ist die Einführung von Blockflötenunterricht und eine Debatte über die Bundesjugendspiele. Wir haben Vorschläge zur Verbesserung der Bildungsqualität und wollen, dass

„Wir haben Vorschläge zur Verbesserung der Bildungsqualität.“

unsere Schulen endlich im digitalen Zeitalter ankommen.

● **Wohnen:** Eine bezahlbare Wohnung ist für immer mehr Menschen ein riesiges Problem. Ein immer höherer Anteil des Einkommens geht für die Miete drauf. Erfreulicherweise gibt es wieder eine höhere Bereitschaft, sozialen Wohnraum zu bauen. Doch statt die Landesmittel für die entsprechenden Programme – wie von uns gefordert – deutlich zu erhöhen, herrscht auch hier Stillstand.

● **Soziales:** Gerade in Zeiten, in denen sich vieles ändert und Menschen verunsichert sind, bräuchte es einen aktiven Einsatz für ein starkes soziales Netz. Durch Schwarz-Rot hat unser Land jetzt zwar gleich zwei Sozialministerien, aber im Ergebnis weniger Sozialpolitik. Wir zeigen, wie es anders geht.

● **Digitalisierung:** Schnelles Internet auch auf dem Land. Eine Mobilfunkverbindung, die auch unterwegs einfach hält. Behörden, die auch digital erreichbar sind. Eigentlich sollte das eine Selbstverständlichkeit sein. Unter Schwarz-Rot bleibt es ein Traum. Das Ein-

zige, womit es voran geht, ist die Anzahl der Stellen im Digitalministerium. Davon gibt es mittlerweile über 200, ohne dass irgend etwas wirklich besser geworden wäre. Wir haben ein eigenes Gesetz zur Nutzung von Künstlicher Intelligenz vorgelegt, um die Chancen von KI für eine effektive öffentliche Verwaltung zu nutzen und Risiken zu vermeiden.

- **Bürokratieabbau:** Alle sind sich einig: Vieles ist zu kompliziert geworden in unserem Land. Bürokratieabbau ist das Gebot der Stunde. Was macht die schwarz-rote Koalition? Sie baut immer neue Bürokratie auf: zwei neue Ministerien, vier zusätzliche Staatssekretär*innen, über 200 neue Stellen in den Ministerien. Wir sagen: Bürokratieabbau sollte vor der Haustür der Landesregierung beginnen.

- **Fachkräftegewinnung:** Überall fehlt es in Wirtschaft und Verwaltung an Fachkräften. Wir sagen: Es braucht bessere Kinderbetreuung, damit alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können. Es braucht Qualifizierungsprogramme, damit Menschen fit für die Aufgaben werden, die gebraucht werden. Und es braucht qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland sowie eine schnelle Anerkennung ihrer Abschlüsse. Zu allem: Fehlanzeige bei Schwarz-Rot.



**Bürokratieabbau?
Einfach bei der
Landesregierung
beginnen!**

Schwarz-rote Rückschritte & GRÜNE Alternativen

- **Hochschulen:** Gute Forschung und Lehre sind entscheidend für die Zukunft unseres Landes. Mit GRÜNEN in der Regierung wurde hier kräftig investiert. Unter Schwarz-Rot wird mit dem neuen Hochschulpakt drastisch gekürzt. Wir haben Anträge vorgelegt, um unseren Hochschulen die finanziellen Mittel zu geben, die sie für ihre wichtige Aufgabe für unsere Gesellschaft brauchen.

- **Mobilität:** In den vergangenen Jahren ist das Angebot an Bussen und Bahnen deutlich schlechter geworden. Ausfallende Züge, Verspätungen und schlechte Informationen sind an der Tagesordnung.

Schwarz-Rot tut die täglichen Sorgen der Pendler*innen ab und sagt, da könne man halt nichts machen. Doch, kann man: mehr in den ÖPNV investieren und sich endlich gegenüber der Bahn und den Verkehrsunternehmen für mehr Verlässlichkeit einsetzen.

- **Klimaschutz:** Nicht nur wir GRÜNEN, buchstäblich alle Welt redet von Klimaschutz. Nahezu alle haben erkannt, dass wir unser Klima schützen müssen, wenn wir in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben wollen. Schwarz-Rot hat als eine der ersten Amtshandlungen entschieden, dass es kein Ministerium mehr mit Klimaschutz im Namen gibt. Dass das nicht nur Symbolik, sondern Ideologie ist, zeigen die Kürzungen in diesem Bereich, die es seitdem gibt.
- **Umwelt-und Naturschutz:** Neben dem Klimawandel ist der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Artenvielfalt eine der Herausforderungen unserer Zeit. Nicht so für Schwarz-Rot. Auch hier wird drastisch gekürzt. An den Schutz unserer Wälder durch den Ausstieg aus der besonders schonenden Bewirtschaftung nach dem FSC-Siegel wird ebenso die Axt angelegt wie an vieles andere, was wir GRÜNEN während unserer Regierungszeit auf den Weg gebracht hatten.
- **Kommunen:** Auch vor unseren Städten und Gemeinden machen die Kürzungen von Schwarz-Rot nicht Halt. Die noch zu unserer Regierungszeit geplanten Erhöhungen des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) wurden deutlich reduziert. Von den Geldern aus dem Sondervermögen des Bundes erhalten die Kommunen nur 63% statt der zunächst vollmundig von der Landesregierung angekündigten 77% - das bedeutet eine Milliarde Euro weniger. Wir GRÜNE haben uns für 80% eingesetzt.
- **Gleichberechtigung:** Die gleiche Zahl von Frauen und Männern in Führungspositionen sollte mittlerweile eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Schwarz-Rot macht das genaue Gegenteil. Die Zahl der Ministerien wurde erhöht. Die Zahl der Frauen im Kabinett gesenkt. Gerade einmal drei von elf Minister*innen sind Frauen.

Schwarz-rote Selbstbedienung

- **Kürzungen für die einen, aufgeblähte Landesregierung für CDU und SPD:** In allen Bereichen mahnt Schwarz-Rot, der Gürtel müsse enger geschnallt werden. Für die Beamten*innen wurde die Besoldungserhöhung verschoben. Die Kommunen erhalten weniger als ursprünglich geplant. In vielen weiteren Bereichen wird gekürzt. Nur für sich selbst gilt der Sparzwang nicht. Die Kosten für zwei neue Ministerien, vier zusätzliche Staatssekretär*innen und über 200 neue Stellen in den Ministerien belaufen sich mittlerweile auf über 25 Millionen Euro jährlich.
- **Immer neue Beauftragte, zufällig mit Parteibuch von CDU und SPD:** Schwarz-Rot schafft immer neue Beauftragte für die unterschiedlichsten Themenbereiche. Oftmals sind sie – natürlich nur zufällig – Mitglied von CDU oder SPD. Das ist sicher für die Betroffenen ein nettes Zubrot, aber der Sinn dieser Parteibuchwirtschaft ist äußerst fraglich.
- **Kommunalwahlrecht nach Gusto von CDU und SPD:** Die schwarz-rote Koalition ändert das Kommunalwahlrecht so, dass vor allem sie selbst davon profitiert. Das Auszählungsmodell d'Hondt wird wieder eingeführt. Das gilt zwar als veraltet und ungenau. Eingeführt wird es trotzdem, weil es bei der Sitzverteilung CDU und SPD begünstigt.

Eine für alle? Wohl eher: Alle für einen

Schwarz-Rot hat ihren Koalitionsvertrag mit „Eine für alle“ überschrieben. Die Wirklichkeit ist: Alle für einen. Alle für Boris Rhein. Die CDU macht, was sie will. Und die SPD macht alles mit. Insbesondere beim Landshaushalt zeigt sich die Arbeitsteilung: Schwarze Ideologie wird mit dem Rotstift durchgesetzt. Eine „Renaissance der Realpolitik“ hatte Schwarz-Rot versprochen. Bekommen hat Hessen einen barocken Regierungsstil des Ministerpräsidenten, bei dem Schein wichtiger ist als Sein.



Mathias Wagner
Fraktionsvorsitzender

2 JAHRE SCHWARZ- ROT IN HESSEN

Kultus, Bildung und Chancen

● Schwarz-rote Bildungspolitik ohne Plan und Konzept

Überlastungsanzeigen von Lehrkräftekollegien und ein regelrechter Absturz Hessens bei Vergleichsstudien zum Bildungserfolg (wie z.B. dem IQB-Bildungstrend): In der hessischen Bildungspolitik jagt eine Hiobsbotschaft die nächste. Währenddessen verteilt der Kultusminister Blockflöten und führt populistische Scheindebatten über die Bundesjugendspiele. Ein Plan, wie er das hessische Schulwesen weiterentwickeln und strukturell verbessern will, ist bisher nicht erkennbar.

● Kürzungen bei der Lehrkräfteausbildung in Zeiten von Lehrkräftemangel

Obwohl sich die Bildungsqualität an Hessens Schulen im Sinkflug befindet, arbeiten CDU und SPD daran, das Ganze mit Kürzungen bei der Lehrkräfteausbildung auch noch zu beschleunigen. Durch die schwarz-roten Kürzungen in der Hochschulfinanzierung fallen für die Lehramtsausbildung wichtige Studienplätze weg. Zusätzlich sind Planungen der Landesregierung öffentlich geworden, auch noch Kürzungen in der zweiten Phase der Ausbildung, dem Vorbereitungsdienst, vorzunehmen – und das, obwohl es bereits einen erheblichen Lehrkräftemangel gibt, wie die zahlreichen Überlastungsanzeigen und Resolutionen aus den Schulen zeigen.



WAS AUS GRÜNER SICHT NÖTIG WÄRE

Kultus, Bildung und Chancen

● Chancenbudget für alle Schulen und Ferienkurse ausbauen

Wir wollen ein Chancenbudget für alle Schulen, damit sie zusätzliche Förderangebote z.B. im Ganztag machen können. Zudem sollen die Ferien-camps ausgebaut werden, um mehr Schüler*innen zu erreichen. Für Schüler*innen mit besonders hohem Förderbedarf wollen wir einen Rechtsanspruch auf mindestens einen Ferienkurs pro Schuljahr schaffen.

● Mit datengestützter Schulentwicklung Unterrichtsqualität verbessern

Wir wollen die Bildungsqualität an Hessens Schulen mit einer daten-gestützten Schulentwicklung nach dem Hamburger Erfolgsmodell ver-bessern, u.a. mit einem eigenen Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung, das engmaschig Daten erhebt, aufbereitet und im Umgang damit schult.

● Lehrkräfte gewinnen und entlasten

Um neue Zielgruppen für den Beruf als Lehrkraft zu gewinnen, wollen wir Modellversuche für duale Lehramtsstudiengänge und Quereinstiegs-master in Mangellehrämtern und -fächern starten. Ein Modellprojekt für Schulleitungstandems aus pädagogischen und administrativen Schullei-tungen soll für Entlastung sorgen und mehr Zeit für die Qualitätsentwick-lung schaffen.





2 JAHRE SCHWARZ- ROT IN HESSEN

Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur

● Katastrophale Hochschulpolitik mit dem Rotstift

30 Millionen Euro Kürzungen im Nachtragshaushalt 2024, ein Zwangskredit in Höhe von 500 Millionen Euro aus den Rücklagen der Hochschulen für den Haushalt 2025, keine Unterstützung des Landes bei der Finanzierung von Tarifsteigerungen und ein Hochschulpakt 2026-2031, der völlig unzureichend ist: Das Ergebnis dieser katastrophalen Hochschulpolitik sind Stellensperren und die Schließung von Studienangeboten an allen Hochschulen im Land. Damit legen CDU und SPD die Axt an die Entwicklung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Hessen.

● Steigende Preise belasten Studierende

Auch die Studierendenwerke lässt die Landesregierung mit der Finanzierung des Tarifabschlusses größtenteils alleine. Am Ende wird eine stärkere Belastung der Studierenden über die Erhöhungen der Sozialbeiträge, Mensa-Preise sowie Wohnheimmieten kaum zu vermeiden sein.

● Kunst und Kultur stehen schwere Zeiten bevor

Kunst und Kultur stehen unter CDU und SPD im Bund wie im Land schwere Zeiten bevor. Der Bund streicht den Kulturpass für Jugendliche und kürzt die Förderung für die freie Theaterszene. Die Landesregierung lässt die Umsetzung des in der letzten Wahlperiode mit viel Engagement erarbeiteten Masterplans Kultur brach liegen.



WAS AUS GRÜNER SICHT NÖTIG WÄRE

Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur

● Unterstützung bei Tarifkosten und Nachbesserung des Hochschulpakts

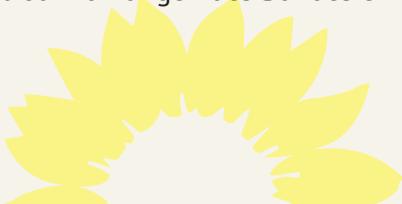
Wir setzen uns weiter für eine verlässliche Hochschulfinanzierung ein, die echte Gestaltungsspielräume für gute Bedingungen in Studium, Forschung und Lehre schafft. Konkret haben wir ein 100-Millionen-Euro Paket zum Ausgleich der Tarifkosten in 2025 vorgeschlagen. Zudem braucht es dringend eine Nachbesserung des Hochschulpakts 2026-2031.

● Hochschulsozialpakt für Bildungsgerechtigkeit

Die Studierendenwerke brauchen Verlässlichkeit in der Finanzierung, um mit ihren Angeboten Bildungsgerechtigkeit zu fördern. Wir fordern deswegen, mit den Studierendenwerken einen Hochschulsozialpakt zu schließen und so die Aufgaben der Studierendenwerke und deren Finanzierung dauerhaft in Einklang zu bringen.

● Mehr Einsatz für Kunst und Kultur

Angesichts der massiven Preissteigerungen der letzten Jahre und der Kürzungen des Bundes braucht die hessische Kulturszene eine bessere finanzielle Unterstützung des Landes – beispielsweise, um die Vergütung von freischaffenden Künstler*innen zu verbessern und die Strukturen der freien Theaterszene trotz Kürzungen des Bundes erhalten zu können.





2 JAHRE SCHWARZ- ROT IN HESSEN

Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlicher Raum

● Regierungsversagen beim Wohnungsbau

Seit CDU und SPD regieren, fehlt jedes Jahr ein dreistelliger Millionenbetrag, um Sozialwohnungen in Hessen zu bauen. Dazu kommt der Abbau von funktionierenden Mieterschutzinstrumenten, wie der Genehmigungs vorbehalt für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

● Schwarz-Rot macht Bahnfahren zum Stresstest

Wer Bus und Bahn fährt, weiß: Die Öffis werden immer unzuverlässiger. Das liegt nicht zuletzt an der Landesregierung. Schwarz-Rot kümmert sich nicht um die täglichen Probleme der Pendler*innen und investiert nicht genug in den ÖPNV.

● Nullemission für ländliche Räume

Der neue Beauftragte für den ländlichen Raum bringt zwar einem abgewählten SPD-Mann ein gutes Gehalt, den Menschen auf dem Land nützt das aber rein gar nichts. Anstatt zu investieren und in jedem Dorf zu jeder Stunde für zuverlässige Busse zu sorgen, wird es im ländlichen Raum bei Bürgerbussen belassen.

● Lähmende Unprofessionalität: Hessens Wirtschaft leidet unter Schwarz-Rot

Die Überprüfung der Corona-Soforthilfen ist missglückt und Hessens Unternehmen sind aufgebracht. 20 Millionen Euro werden an ein einziges Kernfusionsunternehmen verschenkt, während der Hessenfonds zur teuren Gießkannenförderung ohne Kriterien verkommen ist.



WAS AUS GRÜNER SICHT NÖTIG WÄRE

Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlicher Raum

● Mieter*innen schützen und bezahlbaren Wohnraum schaffen

Weil bezahlbarer Wohnraum rar ist, brauchen wir alle wirksamen Maßnahmen, um ihn zu erhalten. Gleichzeitig brauchen wir Investitionen in die soziale Wohnraumförderung, um neue Wohnungen zu bauen. Wohnen ist ein Grundbedürfnis.

● Unser ÖPNV kann es besser

Wir wollen mehr Geld für RMV und NVV, damit Bahnhöfe sauber, Fahrten pünktlich und Angebote endlich richtig gut werden. Dabei müssen Tickets bezahlbar bleiben. Dafür engagieren wir uns auf allen Ebenen: ob Kommune, Land oder Bund.

● Wir nehmen den ländlichen Raum ernst

Alle in Hessen haben vollwertige Bahn- oder Buslinien verdient. Wir wollen auch auf dem Land Start-ups fördern und den Unternehmen Entwicklung ermöglichen. Wir sind überzeugt: Unsere ländlichen Räume in Hessen können mehr, wenn man sie lässt.

● „New Economy“ statt „olle Kamellen“

Unternehmen müssen Unterstützung erfahren, wenn sie Innovationen wagen. Der Start-up-Standort Hessen muss florieren, damit neue Ideen zu neuen, zukunftssicheren Arbeitsplätzen führen können.





2 JAHRE SCHWARZ- ROT IN HESSEN

Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat

● Drastischer Abbau von Umweltstandards

CDU und SPD machen eine Errungenschaft im Klima- und Naturschutz nach der anderen zunichte. Unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus hat die Landesregierung das Klimagesetz geschwächt und die Zerstörung wertvoller Natur erleichtert. Die Vorgaben zum Naturschutz im Staatswald – sprich, auf 38% der hessischen Waldfläche – wurden entkernt. Auch auf Bundes- und EU-Ebene trieb Minister Jung den umweltpolitischen Roll-Back voran, etwa bei der Wiederherstellung gefährdeter Ökosysteme, der Wasserqualität und Gentechnik-Deregulierung.

● Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist Schwarz-Rot wenig wert

Aufgrund massiver Haushaltskürzungen konnten in Hessen 2025 viel weniger Klima- und Umweltschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Bemühungen um eine nachhaltigere Landwirtschaft wurden gestoppt – zum Beispiel die Förderung der Ökomodellregionen. Im Staatswald blockiert Schwarz-Rot die Bebauung von Wind-Vorrangflächen. Den Kommunen entgehen dadurch Einnahmen aus der Windenergie.

WAS AUS GRÜNER SICHT NÖTIG WÄRE

Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat

● Klimaschutz soll einen Mehrwert für alle haben

Zusätzliches Geld für die energetische Sanierung sozialer Einrichtungen und Mietwohnungen soll Menschen mit kleineren Einkommen entlasten. Damit die Kommunen und Menschen vor Ort von den Erneuerbaren Energien profitieren, haben wir ein Beteiligungsgesetz vorgelegt.

● Klimaschutz wird vor Ort gemacht

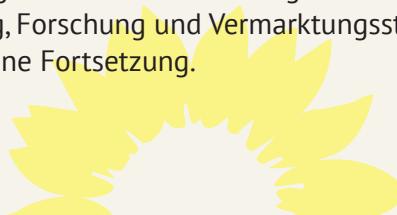
Wir wollen die Kommunen mit Mitteln aus dem Infrastruktur-Sondervermögen stärken, damit sie in die Zukunft investieren können – z.B. in die Wärmewende, umweltfreundlichen Verkehr oder Hochwasserprävention.

● Hessens Naturschätze bewahren

Wir fordern eine Artenschutz- und Waldentwicklungsoffensive, um das Artensterben und den Verlust unserer Wälder aufzuhalten. Das Grüne Band darf nicht geschliffen werden.

● Nachhaltige, regionale Landwirtschaft stärken

Wir brauchen mehr – nicht weniger – politische Anstrengungen, um die Hess*innen mit nachhaltigen, gesunden Lebensmitteln zu versorgen. Gerade kleine und junge Betriebe wollen wir gezielter unterstützen – durch Förderung, Beratung, Forschung und Vermarktungsstrukturen. Der Öko-Aktionsplan braucht eine Fortsetzung.





2 JAHRE SCHWARZ- ROT IN HESSEN

Arbeit, Integration, Jugend und Soziales

● Ambitionsloses Kita-Gesetz

In den Kindertagesstätten fehlt es massiv an Erzieher*innen. Die Folgen sind fehlende Kita-Plätze, unzuverlässige Öffnungszeiten sowie frustrierte Eltern und Fachkräfte. Statt echter Reformen regelt das Gesetz der Landesregierung lediglich Details: kein Wort zur Ausbildung von Fachkräften, keine Ansätze für mehr Bildungsqualität und keine Lösung für die unterfinanzierten Kommunen.

● Fehlender Schutz von Frauen

In Hessen fehlen über 700 Plätze in Frauenhäusern, weshalb jährlich tausende Frauen abgewiesen werden. Egal ob zusätzliche Frauenhausplätze, Catcalling als Straftatbestand oder verpflichtende Gewaltpräventionskurse für Täter: CDU und SPD haben in den letzten zwei Jahren alle Vorschläge der Opposition abgelehnt.

● Blockade bei Jugendbeteiligung

2023 war sich die SPD sicher: Wenn sie regiert, werde man das Wahlalter auf 16 Jahre senken. Davon übrig geblieben ist ein Arbeitskreis, der unverbindliche Ideen sammelt. Nach einem Jahr ist klar: Die Enquetekommission zur Jugendbeteiligung wird junge Menschen nicht voranbringen. Nicht einmal in die Arbeit der Kommission selbst wollen CDU und SPD junge Menschen angemessen einbinden.



WAS AUS GRÜNER SICHT NÖTIG WÄRE

Arbeit, Integration, Jugend und Soziales

● Kita-Fachkräftegesetz

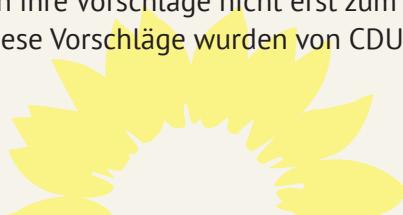
Wir haben zwanzig konkrete Maßnahmen vorgeschlagen für eine attraktivere Ausbildung von Erzieher*innen, mehr Bildungsqualität und eine stärkere Unterstützung der Kommunen. Wir wollen die oftmals fünf Jahre dauernde Ausbildung für Erzieher*innen um ein Jahr verkürzen, die Ausbildung überall kostenlos machen und mit einem Sozialraumbudget Kitas mit besonderen Herausforderungen gezielt unterstützen.

● Aktionsplan zum Schutz von Frauen

Wir fordern den Ausbau von Frauenhäusern und Beratungsstellen sowie ausreichend finanzielle Mittel. Deshalb haben wir einen Aktionsplan mit 18 Maßnahmen zum Schutz von Frauen vorgelegt. Statt ausschließlich auf die Fußfessel zu setzen, machen wir Vorschläge zur Prävention, Strafverfolgung und Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen.

● Jugendbeteiligung umsetzen

Wir haben ein Gesetz für die Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen eingebracht, wollten Jugendliche mit regionalen Beteiligungstagen in die Arbeit der Enquetekommission einbinden und dafür sorgen, dass die Kommission ihre Vorschläge nicht erst zum Ende der Wahlperiode vorlegt – doch all diese Vorschläge wurden von CDU und SPD abgelehnt.





2 JAHRE SCHWARZ- ROT IN HESSEN

Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege

● Prüfen statt Machen

Ob bei der im Koalitionsvertrag angekündigten Gesundheitskarte für Geflüchtete, der dringend benötigten Verordnung zum Drug-Checking oder dem Konzept für den Ausbau von Krisendiensten für psychisch kranke Menschen: Auch nach zwei Jahren Regieren hören wir von der Landesregierung nur „wir prüfen“. Auch über den so wichtigen Bereich der Pflege wird seit zwei Jahren nur gesprochen – nennenswerte Ergebnisse hat die Landesregierung hier nicht vorzuweisen.

● Repression statt Hilfe

Ob im Umgang mit schwerst Suchterkrankten oder mit psychisch kranken Menschen: Die schwarz-rote Regierung kennt offensichtlich nur Mittel der Repression. Das haben sowohl der 7-Punkte-Plan des Ministerpräsidenten zum Frankfurter Bahnhofsviertel, als auch die beschlossene Gesetzesänderung des PsychKHGs gezeigt, durch welche eine von Expert*innen scharf kritisierte und hoch umstrittene Meldepflicht an die Polizei eingeführt wurde.

WAS AUS GRÜNER SICHT NÖTIG WÄRE

Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege

● Machen statt Prüfen

Wir haben im Gesundheits- und Pflegebereich kein Erkenntnisproblem – wir haben ein Umsetzungsproblem. Die Fakten sowie auch die Lösungen liegen längst auf dem Tisch. Die Landesregierung muss jetzt tätig werden.

● Flächendeckender Ausbau von Krisenhilfen

Psychisch kranke Menschen brauchen keine Repression – sie brauchen Hilfe. Krisenhilfen müssen niedrigschwellig und überall in Hessen vorhanden und erreichbar sein. Bislang gibt es sie jedoch nur in drei von 26 Kreisen. Ohne mehr Landesmittel wird sich daran nichts ändern, die Kommunen können diese Aufgabe nicht alleine bewältigen. Auch eine landesweite 24h-Krisenhotline sollte aufgebaut werden, die schnell helfen und Betroffene unkompliziert weitervermitteln könnte.

● Ausbau der Drogen- und Suchthilfestrukturen

Ungefähr die Hälfte der Suchterkrankten, die in den Frankfurter Drogenhilfeeinrichtungen versorgt werden, kommen nicht aus Frankfurt. Das liegt auch daran, dass viele andere Städte und Landkreise keine oder nur unzureichende Hilfestrukturen vorhalten. Das gilt es zu ändern. Zum einen muss das Land die Stadt Frankfurt finanziell stärker unterstützen; zum anderen muss es sicherstellen, dass Suchthilfestrukturen in Hessen flächendeckend vorhanden sind.



2 JAHRE SCHWARZ- ROT IN HESSEN

Innen, Sicherheit und Heimatschutz

● Weiterhin keine Perspektive für die Demokratieförderung

Schwarz-Rot lässt immer noch offen, wie es mit dem Landesprogramm „Aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ weitergeht. Sie hat zwar ein eigenes Demokratiefördergesetz angekündigt. Dabei ist es bisher jedoch geblieben.

● Überwachung mit KI durch die Hintertür

Automatisierte Musterkennung, biometrische Gesichtserkennung mit KI-Einsatz sowie der Einsatz von KI bei Hessendata gehen mit tiefen Eingriffen in unsere Grundrechte einher. Anstatt eine ordentliche und rechts-sichere Grundlage für die Arbeit der Polizei zu schaffen, haben CDU und SPD in einem Hauruckverfahren und ohne Expert*innen anzuhören diese Befugnisse beschlossen.

● Bekämpfung häuslicher Gewalt

Zur Verhinderung von Femiziden wurde in Hessen unter anderem die so genannte „spanische Fußfessel“ eingeführt. Dabei trägt der gewalttätige (Ex-)Partner eine Fußfessel, und die bedrohte Frau erhält ein Empfangsgerät, das bei Annäherung Alarm auslöst. Das allein ist aber kein Konzept zum Schutz vor häuslicher Gewalt. Die Regierung hat bisher weder erkennbare Anstrengungen zur Umsetzung des Gewalthilfegesetzes unternommen noch in Gewaltprävention und Täterarbeit investiert.

WAS AUS GRÜNER SICHT NÖTIG WÄRE

Innen, Sicherheit und Heimatschutz

● Demokratieförderung braucht Sicherheit

Wir haben im November 2025 unser eigenes Demokratiefördergesetz in den Landtag eingebracht, mit dem die Finanzierung der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Trägerschaften nachhaltig für die Zukunft unterstützt werden kann. Um noch besser zu werden, setzt unser Gesetz zudem auch auf die Forschung als feste Säule der Demokratieförderung.

● Rechtsicherheit für neue Maßnahmen der Polizei

Wir holen die verfassungsrechtliche Prüfung der neuen Befugnisse der Polizei nach, die CDU und SPD im Gesetzgebungsverfahren verhindert haben. Dazu haben wir beim Hessischen Staatsgerichtshof einen Antrag auf Normenkontrolle gestellt. Sowohl die Polizei als auch die Bürger*innen müssen sich sicher sein können, dass polizeiliche Befugnisse nicht gegen unsere Verfassung verstößen.

● Echter Schutz vor häuslicher Gewalt

Das Gewalthilfegesetz muss schnellstmöglich umgesetzt werden, um dem Rechtsanspruch der von Gewalt Betroffenen zu genügen. Es muss dringend auch in Gewaltprävention und Täterarbeit investiert werden. Zudem brauchen wir ausreichend Fortbildungen rund um das Thema geschlechtspezifische Gewalt bei der Polizei und Justiz.





2 JAHRE SCHWARZ- ROT IN HESSEN

Finanzen

● Die Abkehr von generationengerechter Haushaltspolitik

Schwarz-Rot hat sich nach zehn Jahren nachhaltiger schwarz-grüner Finanzpolitik von generationengerechter Haushaltspolitik verabschiedet. Die Folge: so hohe Zinszahlungen wie lange nicht mehr und Verschiebung von Lasten in die Zukunft, um die falschen Prioritäten von heute zu finanzieren. Selbst das Alterssparbuch für Beamt*innen ist nicht mehr sicher.

● Eine aufgeblähte Landesregierung

Mit zwei neuen Ministerien, vier zusätzlichen Staatssekretär*innenposten und der Bildung von neuen Abteilungen wächst die aufgeblähte Landesregierung um über 200 Stellen in der Ministerialbürokratie. Das kostet die Steuerzahler*innen jedes Jahr zusätzlich über 25 Millionen Euro.

● Trotz steigender Steuereinnahmen wird der Rotstift angesetzt

Beim Klima- und Umweltschutz und bei den Hochschulen wird deutlich gekürzt. Außerdem erhalten die Kommunen trotz deutlich wachsender Aufgaben keine ausreichende Steigerung der Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA).



WAS AUS GRÜNER SICHT NÖTIG WÄRE

Finanzen

● Mehr Mittel für die Kommunen

Unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen steht das Wasser bis zum Hals. Für mehr Planungssicherheit und eine bessere strukturelle Ausstattung der Kommunen braucht es mindestens eine Steigerung der KFA-Zuweisungen von jeweils 5 Prozent im Jahr 2026 und 2027.

● Sondervermögen für Zukunftsinvestitionen nutzen

Die Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität dürfen nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden, sondern müssen unser Land zukunftsfest machen. Wir GRÜNE fordern zudem, dass 80 Prozent der Bundesgelder an unsere Kommunen gehen. Denn dort ist der Investitionsbedarf beispielsweise für Kitas, Schulen oder Klimaschutz am höchsten.

● Neue Verschuldungsspielräume sinnvoll einsetzen

Auch der neue strukturelle Verschuldungsspielraum darf nicht für teure Wahlgeschenke oder als Blanko-Check für schlechtes Regieren genutzt werden.





2 JAHRE SCHWARZ- ROT IN HESSEN

Justiz und für den Rechtsstaat

- **Versprochen – gebrochen: Bislang kein neuer Pakt für den Rechtsstaat**
Nach der Justizministerkonferenz im Juni 2025 wurde angekündigt, Länder und Bund wollten die Justiz gemeinsam zukunftsfest aufstellen. Doch bei der Ministerpräsidentenkonferenz im Dezember 2025 wurde dies wieder von der Tagesordnung genommen. Antworten und Ideen der Landesregierung fehlen.
- **Verwaltungsgerichte sind stark überlastet, Asylverfahren dauern zu lange**
Verwaltungsgerichte in Hessen sind auch Anfang 2026 erheblich überlastet. Hauptursachen sind zahlreiche Asylklagen sowie personelle Engpässe. Asylverfahren benötigen in Hessen durchschnittlich mehr als zwei Jahre, der Bestand an Altverfahren ist hoch. Während Behörden wie das BAMF, die Regierungspräsidien und die Bafin personell aufgestockt wurden, sind für die Verwaltungsgerichte lediglich 4 neue Stellen vorgesehen, die auch noch bei den Sozialgerichten abgezogen werden. Das ist unzureichend.
- **Erweiterte Zuständigkeiten der Amtsgerichte ohne Personalaufstockung**
Ab 2026 sind die Amtsgerichte bei Streitwerten bis zu 10.000 Euro zuständig. Damit fallen deutlich mehr Zivilprozesse in ihre Zuständigkeit. Gleichzeitig wird die Grenze des Anwaltszwangs auf 10.000 Euro angehoben. Die Landesregierung hat keine Anstrengungen unternommen, die Amtsgerichte hierauf personell vorzubereiten.

WAS AUS GRÜNER SICHT NÖTIG WÄRE

Justiz und für den Rechtsstaat

● **Pakt für den Rechtsstaat: Justiz gut aufstellen**

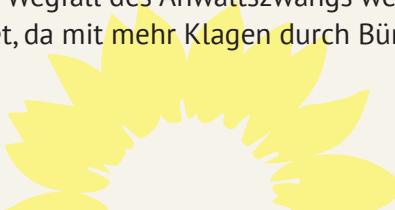
Der neue Pakt für den Rechtsstaat muss dringend beschlossen und umgesetzt werden. Die Justiz muss ihrer Rolle als eigenständige Dritte Gewalt im Staat gerecht werden können und darf nicht mehr nur an der Belastungsgrenze arbeiten. Die Leistungsfähigkeit und das Funktionieren der Justiz sind auch für das Vertrauen und die Akzeptanz der Bürger*innen maßgeblich.

● **Verwaltungsgerichte müssen endlich nachhaltig gestärkt werden**

Es besteht ein deutlicher Personalmangel bei Richter*innen und Verwaltung. Stellen müssen schneller nachbesetzt werden, um die Arbeitsbelastung zu bewältigen. Langfristige Investitionen in mehr Personal, bessere technische Ressourcen und eine strukturelle Modernisierung – etwa durch Spezialisierung und Digitalisierung – um den Rückstau an Verfahren abzubauen, sind für die Verwaltungsgerichte unabdingbar.

● **Reaktion auf die Anhebung des Streitwerts bei den Amtsgerichten**

Auch die Amtsgerichte dürfen mit der zusätzlichen Belastung nicht alleine gelassen werden. Es bedarf dringend einer Planung der personellen Aufstockung. Durch den Wegfall des Anwaltszwangs werden die Richter*innen deutlich belastet, da mit mehr Klagen durch Bürger*innen selbst zu rechnen ist.





2 JAHRE SCHWARZ- ROT IN HESSEN

Digitalisierung und Innovation

● Noch mehr Öffentlichkeitsarbeit, weniger Arbeit an den Problemen

Das Einzige, wodurch das Digitalministerium auffällt, ist die Öffentlichkeitsarbeit der Ministerin. Mittlerweile über 200 Stellen kümmern sich um Aufgaben, die es ohne sie gar nicht gäbe. In den für die Menschen wesentlichen Fragen gibt es keine erkennbaren Fortschritte.

● Kristina Sinemus ist die hessische Funkloch-Ministerin

Im Bundesländervergleich liegt Hessen auf dem drittletzten Platz bei der Mobilfunkversorgung. Besonders im ländlichen Raum tappen Hess*innen von einem Funkloch ins nächste. Das ist ein Armutszeugnis – vor allem, da Hessen sich schon seit Jahren ein Digitalministerium und bereits seit sieben Jahren eine Digitalministerin leistet. Damit ist klar: Kristina Sinemus ist die hessische Funkloch-Ministerin. Pressemitteilungen und Bescheidübergaben bringen die Digitalisierung nicht voran.

● Außer Spesen nichts gewesen: HZD bleibt doch beim Finanzministerium

Nach einem Jahr der Unruhe und Ungewissheit für die Beschäftigten über eine mögliche Zerschlagung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) bleibt nur: Außer Spesen nichts gewesen. Für den gescheiterten Umstrukturierungsversuch wurde knapp eine Million Euro für externe Beratungsleistungen ausgegeben – damit am Ende alles bleibt, wie es ist. Das ist typisch für die Arbeit des Digitalministeriums: viel Wind, wenig Ergebnis, hohe Kosten.



WAS AUS GRÜNER SICHT NÖTIG WÄRE

Digitalisierung und Innovation

● Leistungsfähige Organisationsformen für eine moderne Verwaltung

Der Fach- und Arbeitskräftemangel trifft zunehmend auch Landesbehörden. Im Wettbewerb um die besten Kräfte sollte das Land alle Möglichkeiten nutzen, Mitarbeitende mit modernen Arbeitsformen, zeitgemäßer Technik und gleichwertiger Bezahlung zu gewinnen.

● Ein KI-Gesetz für eine moderne und bürgerfreundliche Verwaltung

Wir GRÜNE haben das bundesweit erste KI-Gesetz für die Verwaltung vorgelegt, das an die europäische KI-Verordnung anknüpft und sie für die deutsche Verwaltung weiterdenkt. Wir wollen die Chancen von KI für die öffentliche Verwaltung nutzen. Durch den Einsatz von KI können Bearbeitungszeiten verkürzt, die Verwaltung bürgerfreundlicher gestaltet und Mitarbeitende von Routinetätigkeiten entlastet werden. Wir wollen einen Staat, der für die Menschen einfach und effizient funktioniert. Gleichzeitig braucht der Einsatz von KI einen klaren rechtlichen Rahmen und Transparenz, damit Bürger*innen weiter in staatliches Handeln vertrauen können. Gerade wenn sensible Daten verarbeitet werden, muss klar sein, wie das erfolgt und wann nicht nur Beamte*innen am Werk sind, sondern auch die KI.



2 JAHRE SCHWARZ- ROT IN HESSEN

Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung

● **Europastrategie – ohne Richtung, ohne Ziel, ohne Zusammenarbeit**

In Hessen gibt es bisher keine konsistente Europastrategie. Auch nach zwei Jahren existiert lediglich ein Puzzle aus Einzelinitiativen der verschiedenen Ministerien. Die EU hat maßgeblich zu Frieden, Stabilität und Wohlstand in Hessen beigetragen. Besonders vor dem Hintergrund der hybriden Bedrohungslage durch Russland ist es verantwortungslos, den Schutz der Bürger*innen in Hessen in keine umfassende Europastrategie einzubetten. Purer Aktionismus, der in hessischen Einzelmaßnahmen und Vorschlägen verschiedener Ministerien mündet, ist zu klein gedacht. Nach zwei Jahren sehen wir keine Impulse von Staatsminister Pentz, Antworten auf die Zukunftsfragen Europas zu finden.

● **Entbürokratisierung ohne hinreichenden Nutzen für die Wirtschaft**

Die bisherigen Initiativen der Landesregierung zum Bürokratieabbau in Hessen sind ein erster Schritt. Leider fehlen jedoch konkrete Maßnahmen, die Unternehmen, den Mittelstand und das Handwerk wirklich spürbar entlasten würden. Berichtspflichten, Dokumentationen, Statistiken und langwierige Verfahren sind für die Menschen und die Wirtschaft ein großes Ärgernis und müssen beim Bürokratieabbau dringend angepackt werden.

WAS AUS GRÜNER SICHT NÖTIG WÄRE

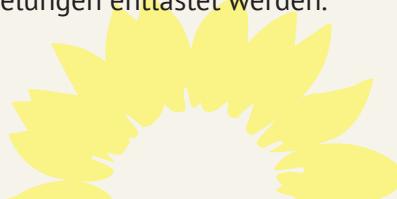
Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung

● Für eine konsistente Europastrategie

Ein Schritt hierfür wäre ein transparentes und kohärentes Leitbild, wie es in vielen anderen Bundesländern existiert. Hier lohnt sich auch eine Zusammenarbeit mit den Partnerregionen. Nur wenn für die Bürger*innen die Chancen der europäischen Zusammenarbeit erfahrbar sind, kann es eine starke Europapolitik geben. Eine gute Strategie Hessens für Europa muss relevante Sicherheitsaspekte europäisch denken und das hessische Krisenmanagement im gesamteuropäischen Kontext betrachten. Statt nur in den Landesgrenzen zu denken, würden wir mit den wichtigen europäischen Akteur*innen, die in Hessen ihren Sitz haben, auch europäisch denken.

● Es braucht konkrete Vorschläge zur Entbürokratisierung

Unternehmen, Handel und Handwerk warten auf praktikable Lösungen beim Bürokratieabbau. Es ist dringend nötig, Berichtspflichten und Kontrollintensität beim Handel, Handwerk und in Unternehmen zu überprüfen, statistische Pflichten auf das Nötige zu reduzieren und Antrags- und Bewilligungsverfahren zu beschleunigen. In Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten müssen die Betriebe außerdem von überflüssigen Datenschutzregelungen entlastet werden.



UNSERE ABGEORDNETEN



Kathrin Anders

Sprecherin für Gesundheit und Pflege
Regional zuständig für den Kreis Wetterau
0611 / 350 770 // k.anders@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Engelsgasse 21 // 61169 Friedberg
06031 / 680 149 // k.anders3@ltg.hessen.de



Marcus Bocklet

Sprecher für Sozialpolitik, Drogenpolitik und Integration
Regional zuständig für den Main-Kinzig-Kreis
0611 / 350 633 // m.bocklet@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Friedberger Landstr. 131 // 60318 Frankfurt
069 / 367 074 19 // m.bocklet2@ltg.hessen.de



Miriam Dahlke

Parlamentarische Geschäftsführerin,
Sprecherin für Haushalt und Finanzen
Regional zuständig für den Hochtaunuskreis
0611 / 350 784 // m.dahlke@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Oppenheimer Straße 17 // 60594 Frankfurt
069 / 963 768 715 // m.dahlke2@ltg.hessen.de



Nina Eisenhardt

Sprecherin für Hochschulen, Wissenschaft und künstliche Intelligenz
Regional zuständig für die Kreise Groß-Gerau & Main-Taunus
0611 / 350 787 // n.eisenhardt@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Mainzer Straße 18 // 64521 Groß-Gerau
06152 / 991 19 15 // n.eisenhardt2@ltg.hessen.de



Andreas Ewald

Sprecher für Kommunalfinanzen, Queerpolitik und
digitale Infrastruktur
Regional zuständig für die Stadt Offenbach
0611 / 350 743 // a.ewald@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Lauteschlägerstr. 38 // 64289 Darmstadt
0151 / 561 423 51 // a.ewald2@ltg.hessen.de



Martina Feldmayer

Vizepräsidentin des Hessischen Landtags,
Sprecherin für Umwelt, Klimaschutz und Verbraucherschutz
Regional zuständig für die Stadt Frankfurt und den Lahn-Dill-Kreis

0611 / 350 748 // m.feldmayer@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Oppenheimer Straße 17 // 60594 Frankfurt
069 / 963 768 713 // m.feldmayer2@ltg.hessen.de



Hildegard Förster-Heldmann

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Kunst und Kultur
Regional zuständig für die Stadt Darmstadt und den Kreis Bergstraße
0611 / 350 580 // h.foerster-heldmann@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Lauteschlägerstr. 38 // 64289 Darmstadt
06151 / 967 48 65 // h.foerster-heldmann2@ltg.hessen.de



Jürgen Frömmrich

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Medien,
ländlichen Raum, Handwerk, Mittelstand und Bürokratieabbau
Regional zuständig für den Kreis Waldeck-Frankenberg

0611 / 350 632 // j.froemmrich@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Wildunger Landstr. 1 // 34497 Korbach
05631 / 913 645 // j.froemmrich2@ltg.hessen.de



Mirjam Glanz

Sprecherin für Planen, Bauen und Wohnen sowie für Europa
Regional zuständig für den Odenwaldkreis

0611 / 350 634 // m.glanz@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Oppenheimer Straße 17 // 60594 Frankfurt
0178 / 470 75 70 // m.glanz2@ltg.hessen.de



Vanessa Gronemann

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Innenpolitik und Naturschutz
Regional zuständig für die Stadt Kassel

0611 / 350 788 // v.gronemann@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Sickingenstr. 7-9 // 34117 Kassel
0561 / 997 912 65 // kontakt@gruene-gronemann.de

UNSERE ABGEORDNETEN



Julia Herz

Sprecherin für Frauen- und Gleichstellungspolitik, Jugend und Grundschulen

Regional zuständig für den Vogelsbergkreis und den Kreis Marburg-Biedenkopf

0611 / 350 785 // j.herz@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Sickingenstr. 7-9 // 34117 Kassel
0561 / 521 562 80 // kontakt@julaherz.net



Kaya Kinkel

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende,

Sprecherin für Wirtschaft und Energie

Regional zuständig für den Kreis Hersfeld-Rotenburg

0611 / 350 673 // k.kinkel@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Klausstr. 36 // 36251 Bad Hersfeld
06621 / 709 71 30 // k.kinkel2@ltg.hessen.de



Lara Klaes

Sprecherin für Rechtspolitik, Demokratieförderung, Extremismusprävention und Flucht

Regional zuständig für den Rheingau-Taunus-Kreis

0611 / 350 782 // l.klaes@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Mainzer Straße 75 // 65189 Wiesbaden
01520 / 203 64 91 // l.klaes2@ltg.hessen.de



Torsten Leveringhaus

Sprecher für Digitales und Datenschutz

Regional zuständig für den Kreis Darmstadt-Dieburg

0611 / 350 741 // t.leveringhaus@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Bergstr. 1A // 64342 Seeheim-Jugenheim
06257 / 999 55 55 // t.leveringhaus2@ltg.hessen.de



Felix Martin

Sprecher für Arbeit, Ausbildung und frühkindliche Bildung

Regional zuständig für den Werra-Meißner-Kreis

0611 / 350 749 // f.martin@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Marktplatz 17 // 37269 Eschwege
05651 / 479 92 27 // regionalbuero@martin-hessen.de



Daniel May

Sprecher für Bildung, Hochschulen für angewandte Wissenschaft und Hochschulmedizin

Regional zuständig für den Kreis Fulda

0611 / 350 794 // d.may@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Rabanusstraße 35 // 36037 Fulda
0175 / 965 40 01 // d.may2@ltg.hessen.de



Sascha Meier

Sprecher für berufliche Bildung, politische Bildung und weiterführende Schulen sowie Sprecher für Erinnerungskultur

Regional zuständig für den Landkreis Kassel

0611 / 350 783 // s.meier@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Sickingenstr. 7-9 // 34117 Kassel
0151 / 433 142 86 // s.meier2@ltg.hessen.de



Hans-Jürgen Müller

Sprecher für Landwirtschaft, Tierschutz, Wald und Jagd

Regional zuständig für den Kreis Limburg-Weilburg

0611 / 350 756 // hj.mueller@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Marktgasse 12 // 37213 Witzenhausen
05542 / 999 046 // regionalbuero@mueller-witzenhausen.de



Katrin Schleenbecker

Sprecherin für Petitionen, Religion, lebensbegleitendes Lernen, schulische Inklusion und Justizvollzug

Regional zuständig für den Kreis Gießen

0611 / 350 764 // k.schleenbecker@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Liebigstraße 83 // 35392 Gießen
0157 / 844 108 20 // k.schleenbecker2@ltg.hessen.de



Christoph Sippel

Sprecher für Kommunales, Brand- und Katastrophenschutz, Landespersonal, Familien und Sport

Regional zuständig für den Schwalm-Eder-Kreis

0611 / 350 744 // c.sippel@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Bahnhofsstr. 1 // 34590 Wabern
05683 / 923 84 48 // c.sippel2@ltg.hessen.de

UNSERE ABGEORDNETEN



Mathias Wagner

Fraktionsvorsitzender

Regional zuständig für die Stadt Wiesbaden

0611 / 350 746 // m.wagner@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Mainzer Straße 75 // 65189 Wiesbaden

0611 / 150 93 84 // m.wagner2@ltg.hessen.de



Katy Walther

Verkehrspolitische Sprecherin, Sprecherin für den Flughafen Frankfurt

Regional zuständig für den Landkreis Offenbach

0611 / 350 769 // k.walther@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Neckarstraße 1 // 63225 Langen

06103 / 604 45 55 // k.walther2@ltg.hessen.de



[instagram.com/gruenehessen](https://www.instagram.com/gruenehessen)



[facebook.com/gruenehessen](https://www.facebook.com/gruenehessen)



[tiktok.com/@gruenehessen](https://www.tiktok.com/@gruenehessen)



[youtube.com/hessengruen](https://www.youtube.com/hessengruen)



gruene.social/@gruenehessen



IMPRESSUM

Herausgeberin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
gruene@ltg.hessen.de

V.i.S.d.P.

Miriam Dahlke
Parlamentarische Geschäftsführerin

Gestaltung und Satz

Martina Grotensohn, Till Haupt

Bilder:

Portraits der Abgeordneten: Grotensohn/Haupt
Titel: Frank Wagner / stock.adobe.com
Andere: Envato Elements

Diese Broschüre ist auf 100% Recyclingpapier gedruckt.
Druck Januar 2026, 1. Auflage

gruene-hessen.de



instagram.com/gruenehessen



facebook.com/gruenehessen



tiktok.com/@gruenehessen



youtube.com/hessengruen



gruene.social/@gruenehessen

gruene-hessen.de

